

# Dresdner Neueste Nachrichten

**Anzeigenpreise:** Die 28 mm breite Zeile kostet 0,35 R.-M. für sechs Tage, 0,40 R.-M. für zwei Wochen, 0,75 R.-M. für einen Monat. Die Tagesblätter für den Anzeigenteil sind 0,20 R.-M. für die ersten fünf Tage und 0,15 R.-M. für die übrigen Tage. Für die Anfertigung der Anzeigen sind die üblichen Gebühren zu zahlen. Die Anzeigen werden von Montag bis Sonntag abgedruckt.

Unabhängige Tageszeitung  
mit Handels- und Industrie-Zeitung

**Bezugspreise:** Bei freier Zustellung durch Postamt zu Monatspreisen 2,25 R.-M. in der Tschechoslowakei monatlich 1 Kr. 15. Postbezugspreis für den Juli 2,25 R.-M. einschließlich 0,72 R.-M. Postgebühren (ohne Zustellungsgebühr). Abnahmebedingungen: Inland wöchentlich 1,10 R.-M. Ausland 1,25 R.-M. Einzelnummer 10 R.-Pf., Groß-Dresden 15 R.-Pf.

**Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle:** Dresden, N., Ferdinandsstr. 4. Fernruf: für den Ortsverkehr Sammelnummer 24601, für den Fernverkehr 14194, 20023, 27951-27953. Telegramm: Neueste Dresden - Postfach: Dresden 2060. Nichtentgeltliche Einleitungen ohne Rücksicht werden weder zurückgeschickt noch aufbewahrt. Im Falle höherer Gewalt, Zerstörung oder Streik haben unsere Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Betrages.

Nr. 155

Mittwoch, 10. Juli 1929

XXXVII. Jahrg.

## Deutsche Vorschläge zur Reparationskonferenz

Die französische Regierung lehnt London als Tagungsort ab — Dr. Stresemann formuliert den deutschen Standpunkt — Ablehnung des Misstrauensantrages gegen Brünger wahrscheinlich

### Was geht in Rumänien vor?

**Mißglückter Militärputsch in Bukarest**  
× Bukarest, 9. Juli. Das ungarische Telegraphenkorrespondenzbüro meldet aus Bukarest: Nach amtlicher Mitteilung des Innenministeriums wurden wegen Verschwörung gegen die Staatsordnung vier Offiziere, darunter ein General des Infanteriebataillons, verhaftet.

### Für eine Diktatur Carols

**200 Verhaftungen?**  
Telegramm unseres Korrespondenten  
id. Wien, 9. Juli.  
Ueber die Vorgänge in Rumänien sind hier in Folge der außerordentlich streng durchgeführten Telegrafenzensur nur äußerst spärliche Nachrichten gelangen. Besorgnend ist, daß bei der hiesigen rumänischen Gesandtschaft bis spät nachts überhaupt keine Meldung vorliegt, und daß die einzige rumänische Zeitung, die einen Bericht brachte, die „Epoca“, beschlagnahmt worden ist.  
Nach einer Mitteilung des ungarischen Telegraphenkorrespondenzbüros hat es sich um einen Plan der Regierung gehandelt, eine Militärdiktatur zu errichten, um den früheren Kronprinzen Carol in die Verbannung zu jagen. Die Polizei war rechtzeitig von der für Sonntag nach geplanten Erhebung, an deren Spitze der pensionierte Oberst Stoica stand, benachrichtigt worden und nahm eine Reihe von Verhaftungen vor. Die Zahl dieser Verhaftungen betrug nach Mitteilungen des ungarischen Telegraphenkorrespondenzbüros nur vier, während die Bukarester Zeitung „Regatország“ von 200 Verhaftungen teils aktiver, teils passiver Offiziere spricht, darunter mehrere Generale. Von diesem Blatt wird der ehemalige Ministerpräsident General Angelescu als Führer der Bewegung bezeichnet, der zwar nicht verhaftet, dem aber Quarantäne auferlegt worden sei.

### Der Ernst der Bewegung

× Bukarest, 9. Juli. Die verhafteten Organisten der Verschwörung gegen die Staatsordnung haben im Laufe der vorigen Woche ihre Anhänger zusammenberufen, um denen sie glaubten, daß sie bei der Vorbereitung der Auslösung einer Militärdiktatur mitwirken würden. An der Spitze der Aktion stand der pensionierte Oberst Stoica. Zwei der Teilnehmer an der Beratung erstatteten am nächsten Tage dem Kriegsminister einen schriftlichen Bericht und der Minister besprach die Angelegenheit mit dem Staatssekretär des Innern und dem Vizepräsidenten. Diese wendeten darauf sofort die Verhandlung der Teilnehmer an der Aktion an und erstreckten auf diese Weise die Aktion in die Zukunft.

### Der Eindruck in Berlin

B. Berlin, 9. Juli (Eigener Drahtbericht)  
Die Gerüchte von einem Putschversuch in Bukarest werden an hiesigen unterrichteten Stellen sehr skeptisch aufgenommen. Irrendweise bestimmte Nachrichten liegen hier überhaupt nicht vor, auch nicht aus der rumänischen Gesandtschaft. Die rumänische Anwesenheit und feiner innerpolitischer Strömungen meinen, es könne sich höchstens um eine Verwörung junger Offiziere und teilweise Elementen handeln, die das Bedürfnis verspürten, etwas für

### Beginn der Vorarbeiten am 15. Juli

**Telegramm unseres Korrespondenten**  
ch. Paris, 9. Juli  
Nach vor Fertigstellung der französischen Antwortnote an das englische Kabinett überreichte der deutsche Vorschlag dem Generalsekretär des Außenamtes, Berthelot, eine schriftliche Auszeichnung, die einen vollständigen Arbeitsplan für das Inkrafttreten des Young-Plans und die politische Reparationskonferenz enthält. Der deutsche Vorschlag, dessen Inhalt getreu von dem deutschen Vorschlag mit Herrn Berthelot und Herrn Briand eingehend erörtert wurde, geht dahin, am 15. Juli in Berlin eine Sachverständigenkonferenz zusammenzutreten zu lassen, deren Aufgabe es sein soll, die im Young-Plan vorgesehenen Organisationsmaßnahmen und den entsprechenden Entwurf auszuarbeiten. Selbstverständlich wird ein Teil dieses Entwurfs, nämlich der über die Reparationskonferenz, nicht eher endgültig fertiggestellt sein, als bis die Regierungen die diplomatischen Entscheidungen getroffen haben.  
Die am 5. August in London oder in der Schweiz stattfindende Konferenz soll sich in zwei Teile spalten, nämlich in eine Konferenz über die Inkraftsetzung des Young-Plans und Errichtung der Reparationsbank und in eine politische Konferenz, deren Programm noch nicht fertiggestellt ist. Der deutsche Vorschlag sprach jedenfalls getreu über dieses Programm und erwähnte dabei noch einmal besonders die Saarefrage. Während die Sachverständigen in Berlin verhandeln werden, bleibt den Diplomaten genug Zeit, um bis zum 5. August das politische Programm fertigzustellen.  
Der Eindruck, den der deutsche Vorschlag bei den Mitarbeitern der Herren Briand und Berthelot empfing, ist als günstig zu bezeichnen. Man hat die deutschen Auszeichnungen und die darin enthaltenen Vorschläge als interessant und beachtenswert auf maßgebender französischer Seite charakterisiert. An dem französisch-englischen Streit über die Wahl des Ortes nimmt Deutschland in keiner Weise teil. Herr von Doehring sagte gestern dem Außenminister Briand folgendes: „Auch wenn wir gewünscht, Vorentscheidungen haben wir angenommen, mit London werden wir, wenn es gewillt wird, uns abfinden.“

den ehemaligen Kronprinzen Carol zu tun. Das sei aber ein durchaus aussichtsloses Unternehmen, weil, ebenso wie die Liberalen, auch Maniu und die hinter ihm stehenden Nationalisten jede Verbindung mit Carol ablehnen. Das aber die Liberalen auf solchen Wegen das Kabinett Maniu zu stürzen versuchen wollten, hält man für ganz und gar unwohrscheinlich.

### Henderson erläutert

**Telegramm unseres Korrespondenten**  
RF. London, 9. Juli  
Eine zweite Unterhauserklärung des Außenministers Henderson über die Rheinlandeckung hat manderlei Mißverständnisse geklärt. Mit Befriedigung stellt die Presse fest, daß diese Regierung nicht zu hoch sei, um aus öffentlicher Kritik Lehren zu ziehen. Der Außenminister hat in eindeutigen Worten die Theorie abgelehnt, daß das Rheinland nicht geräumt werden könne, ehe die Reparationsfrage geregelt sei. Das ist eine wertvolle Erklärung zu den Worten der Thronrede, in der es hieß, daß die Regelung des Reparationsproblems „die nächste in den Vordergrund tritt“. Die zweite Erklärung, die an dem Tage abgegeben worden ist, bedarf noch offizieller Bestätigung, daß nämlich die Einkünfte einer Heberwahngesellschaft von England nicht zur Vorkündigung erlassen werden. Zu dieser Frage liegen jedoch bereits

Durch die von deutscher Seite vorgenommene Initiative die Gesetzkäufe so rasch als möglich in die Wirklichkeit umzusetzen, ist ein neues Verhandlungsstadium eröffnet worden. Die deutschen Vorschläge liegen jetzt dem französischen Kabinett vor und werden im heutigen Ministerrat von Briand den Mitgliedern der französischen Regierung mitgeteilt werden. Daraus ergibt sich, daß wir noch im Laufe dieser Woche vernahmen werden, in welcher Art und Weise die deutschen Vorschläge in den endgültigen Abmachungen ihren Niederschlag finden werden.

### Frankreichs Antwort an England

**Telegramm unseres Korrespondenten**  
ch. Paris, 9. Juli  
Ueber den Inhalt der französischen Antwortnote, die heute nach England abgehen wird, läßt sich folgendes mitteilen:  
Die französische Regierung behält darauf, daß die Konferenz in einem neutralen Lande stattfinden soll. Dieser Wunsch findet durch das Argument seine Begründung, daß Paris in erster Linie als Konferenzort in Betracht käme. Da aber die französische Regierung auf dieses Vorrecht zugunsten eines neutralen Landes Verzicht leihe, sei nach London verpflichtet, den Antrag anzunehmen.  
Aus der französischen Antwortnote ergibt sich, daß die Pariser Regierung ihren ursprünglichen Standpunkt, die Konferenz in drei zeitlich voneinander getrennte Abschnitte zu teilen, abgeändert hat. Sie nähert sich den deutschen Vorschlägen, Unterabschnitte für die Regelung der zu behandelnden Fragen einzufügen, wesentlich an. Auffallend ist, daß die französische Note nur Rheinlandeckung und Bestimmungskomitee als Verhandlungspunkte bezeichnet. Die Saarefrage wird rechtlos ausgelassen. Man rechnet hier mit einem baldigen Abschluß der Vorverhandlungen. Bis Ende der Woche soll auch die Frage geklärt sein, wo die Konferenz stattfinden soll.  
Außenminister Briand brachte dem deutschen Vorschlag diese Note zur Kenntnis. Herr v. Doehring erklärte, daß sich die deutsche Regierung hinsichtlich der Wahl des Ortes der Mehrheit anschließen werde. Die Anregung, eine Konferenz der Finanzsachverständigen nach Baden-Baden einzuberufen, wurde von dem deutschen Vorschlag gemacht.

Die Presseäußerungen vor, denen zu entnehmen ist, daß die Stimmung in London allgemein gegen den Gehanden der Kommission ist, und zwar sowohl in ihrer „permanenten“ Form als für die Zeit der ursprünglichen Besetzungsperiode. Henderson betonte übrigens ausdrücklich, daß es nach wie vor die Vermittlung der englischen Regierung bleiben werde, die Räumung gleichseitig mit den Franzosen und Belgiern vorzunehmen.  
Der diplomatische Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt noch, daß die englische Regierung die britischen Dominions eingeladen hat, an der Konferenz eigene Vertreter zu schicken, so daß also die britische Delegation vermutlich äußerst umfangreich sein wird. Ein solches Vorgehen hat seit der Friedenskonferenz von Paris nicht stattgefunden. Gleichseitig betrachtet man es in London auch als richtig, die kleineren alliierten Gläubiger einzuladen, nämlich Serbien, Rumänien, Griechenland und Portugal. Es sei anzunehmen, daß diese Staaten durch ihre diplomatischen Vertreter in London repräsentiert werden würden.

### Das preussische Konfordat

VDZ. Berlin, 9. Juli. (Eig. Drahtbericht.) Vom preussischen Landtag wurde in der Schlußsitzung der Vertrag mit dem Heiligen Stuhl mit 248 gegen 172 Stimmen angenommen. Dagegen stimmten die Deutschen Nationalen, Deutsche Volkspartei, Nationalsozialisten und Kommunisten, sowie Teile der Deutschen Fraktion.

### Ein Katechismus der Reparationen

Die Diskussion darüber, ob wir den Young-Plan annehmen sollen oder nicht, wird bei uns leider auf einem erschreckend niedrigen Niveau geführt. Man glaubt auch bei dieser schicksalsschweren Frage mit ein paar Schlagworten auskommen zu können, während es Pflicht jedes Deutschen wäre, sich mit der Materie der Reparationen sehr eingehend vertraut zu machen, um sich ein eigenes und vor allem sachlich fundiertes Urteil bilden zu können.

Nun ist es freilich nicht jedermanns Sache, eigene Quellenstudien zu treiben. Die Texte sowohl des Dawes-Planes als auch des Young-Berichtes stellen recht umfangreiche Mäntel dar, die zu lesen, nicht jeder Zeit findet. Und mit einer Kenntnis der einzelnen, oft recht verwinkelten Bestimmungen ist es auch nicht getan; wenn man nicht die ganze Entwicklung überfliegt und eins gegen das andere abwägt, hilft alle Einzelkenntnis wenig.

Da ist denn gerade zur rechten Zeit ein Buch erschienen, das mir meinen Lesern auf das angelegentlichste empfehlen möchte. Oberregierungsrat Dr. Bernhard Spangenberg hat im Verlag Wilhelm Limpert (Dresden) ein Werk erschienen lassen, das sich „Deutschlands Reparationslasten“ betitelt.

Dr. Spangenberg hat darin nicht nur den Young-Plan behandelt, sondern das Problem von seinen Anfängen an. Er sagt dazu in dem Vorwort sehr richtig (und diese Worte könnten sich gewisse Leute ins Stammbuch schreiben): „Wer aber wirklich sachlich zu dem Young-Plan Stellung nehmen will, muß nicht nur dessen wesentlichen Inhalt, sondern ebenso auch die bisherige Entwicklung und den gegenwärtigen Stand der Reparationsfrage kennen. Deshalb sind auch die zeitlichen Grundlagen unter Berücksichtigung der Reparationsbestimmungen des Versailler Vertrags, der Londoner Zahlungsplan von 1921 und der Dawes-Plan in großen Zügen dargestellt worden. Besonders aber mußte auf die bisherige Ausführung und Auswirkung des Dawes-Planes eingegangen werden, da sich aus deren Kenntnis am besten ein Urteil über die Notwendigkeiten und Möglichkeiten einer für uns erträglicheren Lösung bilden läßt.“

Man sieht, hier ist das ganze Problem am Zentralpunkt gepakt und gestaltet worden. Mit vorbildlicher Klarheit ist die ganze große Materie auf verständlichste Weise in wenig Seiten dargestellt. Das diese Darstellung sachlich und objektiv ist, verrät sich bei diesem Verfasser von selbst. Niemandem ein Wort der Beeinflussung oder gar Verwundung. Dr. Spangenberg läßt nur die Tatsachen sprechen. Auch die Vor- und Nachteile gegeneinander abzuwägen, die der Young-Bericht im Vergleich zum Dawes-Plan hat, dabei ist besonders klar das schwierige Transferproblem behandelt. Es ist ja in der Tat eine der schwierigsten Fragen, ob man die eindeutigen Bestimmungen des Young-Berichtes hier den umfassenderen aber sehr verwickelten des Dawes-Planes vorziehen soll.

Doch die Antwort auf alle diese Fragen soll sich jeder selbst geben. Dr. Spangenberg will mit seinem dankenswerten Werk ja gerade erreichen, daß die Entscheidung, vor der wir stehen, von einem politisch reifen Volke und nicht von Klüngeleien gefällt werde. Es ist sinnlos, und gegenständig zu beschimpfen und die Ehre anzutasten. Man verschaffe sich ein sachlich begründetes Urteil und lege zu den Folgen. Wer den Young-Plan ablehnt, soll wissen, was er tut. Das unwürdige Schauspiel, daß diejenigen, die den Dawes-Plan mitannahmen, jetzt den andern, die den ursprünglichen Weg zur Freiheit weitergehen wollen, Aushöhler vorwerfen, darf sich nicht wiederholen. Reiner wird sich mehr entschuldigen können, er hätte nicht gewußt, was er tat. Denn Spangenberg's Buch nimmt jedem diesen Vorwand. Dawes-Ablehnung? Young-Verzicht? Es erfordert Mut und umfassende Kenntnis, sich zu entscheiden. Jedes Schlagwort, und Klinge es noch so erhaben, ist Feigheit. P. L.

### Das neue Kabinett in Portugal

× Lissabon, 9. Juli. Das neue Kabinett ist nunmehr gebildet worden. Zum Ministerpräsidenten ist General Freixo Ferraz benannt worden, der gleichzeitig auch das Innenministerium und interimistisch das Ministerium für auswärtige Angelegenheiten übernimmt.

SLUB  
Wir führen Wissen.